



**Niederschrift  
zur 11. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung der  
Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen**

**Sitzungstermin:** Montag, den 28.09.2009

**Sitzungsbeginn:** 19:00 Uhr

**Sitzungsende:** 22:25 Uhr

**Ort, Raum:** **Bürgerhaus Wündorf (großer Saal), Am Bürgerhaus 1 in  
15806 Zossen, Ortsteil Wündorf**

**Anwesend sind:**

**Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung**

Frau Karola Andrae

**Stadtverordnete(r)**

Herr Sven Baranowski

Frau Melinda Bock

Frau Sabine Brumm

Herr Burkhard Degner

Herr Tim Grebe

Herr Peter Hummer

Herr Wilfried Käthe

Herr Torsten Kniesigk

Herr Hermann Kühnapfel

Herr Hans-Jürgen Lüders

Herr Olaf Manthey

Herr Ralf Markwardt

Frau Sylvia Menges

Frau Susanne Michler

Frau Petra Miersch

Herr Andreas Noack

Herr Carsten Preuß

Herr Dr. Rainer Reinecke

Frau Waltraud Schröder

Herr Reinhard Schulz

Herr Jürgen Steinert

Frau Gudrun Timm

Herr Konrad Tschorn

Herr Rolf von Lützwitz

Frau Freifrau Maria von Schrötter

Herr Rainer Zurawski

**Bürgermeisterin**

Frau Michaela Schreiber

Frau Michaela Schreiber

**Amtsleiterin Kämmerei**

Frau Andrea Hollstein

**Amtsleiter Bauamt**

Herr Sven Marks

**Protokollantin**

Frau Miriam Heinrich

**Gäste**

Bürger

Herr Fred Hasselmann

Herr Dieter Jungbluth

ca. 15

MAZ

Ortsvorsteher OB Wünsdorf

**Es fehlen:**

**Stadtverordnete(r)**

Herr Erwin Rust

**zu 1 Eröffnung der Sitzung durch die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung**

Frau Andrae eröffnet um 19:04 Uhr die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

**zu 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Von den 29 Stadtverordneten sind derzeit 20 anwesend. Es besteht Beschlussfähigkeit.

**zu 3 Feststellung der Tagesordnung**

Nach kurzer Erläuterung zur Tagesordnung durch Frau Andrae diskutieren die Anwesenden kontrovers die vorgelegte Tagesordnung.

Nach dem Eintreffen von Herrn Markwardt, Herrn Käthe, Herr Kniesigk und Herrn Hummer erhöht sich die Beschlussfähigkeit auf 24 Anwesende.

Herr Baranowski stellt den Antrag, die Redezeit auf 3 Minuten pro Redebeitrag zu beschränken.

Abstimmung: 20 x ja, 2 x nein, 2 x Enthaltung

Frau von Schrötter zieht als Einreicher den Tagesordnungspunkt 8.1 zurück. Der betreffende Beschluss soll auf der nächsten SJBS-Sitzung beraten werden.

Herr Schulz trifft um 19:17 Uhr ein. Es sind nunmehr 25 Stadtverordnete anwesend.

Frau Andrae fasst die zuvor stattgefundene strittige Diskussion wie folgt zusammen und bittet um Abstimmung:

Der Tagesordnungspunkt 8.1 wird von der Tagesordnung genommen; die restliche Tagesordnung bleibt bestehen.

Abstimmung: 13 x ja, 10 x nein, 2 x Enthaltung

Der öffentliche Teil wird um 19:18 Uhr geschlossen.

**zu 7 Beschlussvorlagen**

**zu 7.1 Erneute Beschlussfassung wegen Beanstandung des Alternativantrages der VUB zur BV 083/09 der SVV vom 02.09.2009 (Bau der neuen Kita in der Martin-Luther-Straße für 2,67 Mio. €)**

Um 20:09 Uhr trifft Herr Degner ein. Nunmehr sind 28 Stadtverordnete anwesend.

Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 20:10 Uhr fortgesetzt.

Frau Brumm beantragt, dass Frau Noack als Bürgerin zu diesem Tagesordnungspunkt innerhalb der 3-Minutenregelung sprechen darf. Weiterhin berichtet sie, dass eine Unterschriftenaktion gestartet wurde und bereits 800 Unterschriften gegen den Standort

Wünsdorfer Platz gesammelt wurden.

Abstimmung zur Einräumung des Rederechts für Frau Noack: 18 x ja, 4 x nein, 6 x Enthaltung

Herr Hummer macht deutlich, dass vor allem der Standort Wünsdorfer Platz favorisiert werden sollte, da bei einem Neubau in der Martin-Luther-Str. zum einen der teuerste Punkt beim Bau und bei der Erschließung der Straßen für den LKW-Verkehr liegen würde. Die vorhandene Straße muss ausgebaut werden und Parkplätze geschaffen werden. Bei der Begehung des Standortes ist außerdem aufgefallen, dass dort noch ein Grundstück mit einem Schild „Vorsicht Munitionsgefahr“ vorhanden ist.

Frau Menges stellt Antrag auf Beendigung der Rednerliste.

Abstimmung zum Ende der Rednerliste: 15 x ja, 9 x nein, 4 x Enthaltung

Frau Andrae erteilt Frau Noack das Wort.

Frau Noack macht einige Ausführungen zu Bedenken des Elternbeirates hinsichtlich des geplanten Kita-Standortes am Wünsdorfer Platz. Weiterhin ist es ihre Auffassung, dass die Bürger nicht genügend informiert wurden. Frau Schreiber widerspricht dieser Aussage und macht deutlich, dass der Bau der neuen Kita ausführlich und mehrmals in allen Gremien besprochen und beraten wurde.

Herr Preuß beantragt namentliche Abstimmung.

Herr Tschorn reicht einen Redebeitrag zu Protokoll (**Anlage 3**).

Herr Zurawski stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, dass der Ortsvorsteher Wünsdorf angehört werden kann, wenn sogar Einwohner gehört werden.

Herr Kühnapfel berichtet nochmals ausführlich von den in der Sommerpause stattgefundenen Beratungen. Es sollte ein breiter Konsens auf diesen Sitzungen gefunden werden. Der Vorschlag Wünsdorfer Platz kam nicht von der Bürgermeisterin, sondern von den Teilnehmern dieser Beratungen. Herr Kühnapfel führt weiter aus, dass er der Meinung war, dass bei den Arbeitsberatungen ein exzellenter Vorschlag erarbeitet wurde. Er richtet sich an die Fraktionen Die Linke, VUB und SPD und teilt mit, dass er den Eindruck hat, dass diese den Kita-Neubau gar nicht wollen.

Herr Zurawski richtet an die VUB die Frage, woher die 800 Unterschriften überhaupt kommen. Ist es wahr, dass die VUB am letzten Sonntag in die Umkleidekabine der Fußballspieler gegangen ist und diese unterschreiben lassen hat und die Fußballer überhaupt nicht wussten, was sie da unterschreiben?

Herr Jungbluth äußert, dass es ihn sehr, sehr traurig macht, dass alles, was im Sommer erarbeitet wurde, offenbar nicht mehr gilt. An Frau Noack gerichtet, weist er darauf hin, dass es u. a. 3 Ortsbeiratssitzungen zu diesem Thema gab und jedes Mal keine Einwohner anwesend waren. Informationen zu bekommen war also möglich.

Nach ausführlicher, strittiger Diskussion und gründlicher Erörterung der Sachlage und nachdem die kontroversen Parteien jeweils ihre Meinung geäußert haben, wurde durch namentliche Abstimmung wie folgt erneut über den Alternativantrag der VUB zur BV 083/09 (Standort Martin-Luther-Straße; eingeschossig, 160 Kinder, Vollküche) abgestimmt:

Frau Andrae	nein	Frau Michler	nein
Herr Baranowski	nein	Frau Miersch	ja
Frau Bock	ja	Herr Noack	nein
Frau Brumm	ja	Herr Preuß	ja
Herr Degner	nein	Herr Dr. Reinecke	ja
Herr Grebe	ja	Herr Rust	-

Herr Hummer	nein	Frau Schreiber	nein
Herr Käthe	nein	Frau Schröder	nein
		Frau von	
Herr Kniesigk	nein	Schrötter	ja
Herr Kühnappel	nein	Herr Schulz	ja
Herr Lüders	ja	Herr Steinert	ja
Herr v. Lützow	ja	Frau Timm	ja
Herr Manthey	nein	Herr Tschorn	ja
Herr Markwardt	nein	Herr Zurawski	nein
Frau Menges	nein		

Abstimmung 13 x ja, 15 x nein, 0 x Enthaltung  
Der Beanstandung ist damit nachgekommen.

**zu 7.2 Bau der neuen Kita in Wünsdorf  
(Wiedervorlage)  
Vorlage: 083/09**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:*

1. *Den Bau einer neuen Kita im OT Wünsdorf mit einer Kapazität für 160 Kinder (80 Kinder 0 – 3 Jahre; 80 Kinder 3 – 6 Jahre).*
2. *Die Kita wird auf der stadteigenen Fläche an der B 96 gegenüber vom Wünsdorfer Platz gebaut, in der Anlage als Standort 3 bezeichnet.*
3. *Die Kita wird in zweigeschossiger Bauweise mit Vollküche gebaut, im Baukostenvolumen von 2,3 Mio. €, in der Anlage als Variante 2 bezeichnet.*
4. *Bei der Änderung des Bebauungsplanes „Am Bahnhof Wünsdorf“ wird die Fläche als Sondernutzungsfläche Kita ausgewiesen.*
5. *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, alle erforderlichen Maßnahmen durchzuführen, um den Bau der Kita bis spätestens Frühjahr 2011 fertig gestellt zu haben.*

Frau Schreiber bittet die Stadtverordneten dem Text des Beschlussvorschlages etwas hinzuzufügen:

neu: „Die Stadtverordnetenversammlung beschließt unter Aufhebung aller zuvor über die Kita gefassten Beschlüsse: ...“

Frau von Schrötter beantragt die Vertagung des Beschlusses auf Mittwoch, den 30.09.2009.

Abstimmung: 12 x ja, 15 x nein, 1 x Enthaltung  
Damit ist eine Vertagung abgelehnt.

Herr Baranowski macht deutlich, dass er sich ebenfalls für den Standort Wünsdorfer Platz ausspricht. Er hat selbst mit einer Reihe von Bürgern gesprochen, die ausdrücklich mit diesem Standort einverstanden sind.

Herr Hummer beantragt das Ende der Rednerliste,  
Abstimmung: 17 x ja, 8 x nein, 1 x Enthaltung  
sowie namentliche Abstimmung.

Herr Tschorn und Herr Preuß reichen jeweils einen Redebeitrag zu diesem Tagesordnungspunkt zu Protokoll (**Anlage 4 und Anlage 5**).

Frau Schreiber macht deutlich, dass sie von Anfang an dafür war, eine Kita in Waldstadt Nord zu bauen – die Alte Schneiderei. Der Standort Wünsdorfer Platz war nicht Vorschlag der Bürgermeisterin, sondern ging aus den im Sommer stattgefundenen Arbeitsberatungen hervor.

Auf die Nachfrage von Herrn Lüders, ob der Wünsdorfer Platz zur Bebauung freigegeben ist, bestätigt Frau Schreiber, dass dort gebaut werden kann.

Nachdem eine Vielzahl der Stadtverordneten nochmals ihre Meinung zu der vorgelegten Beschlussvorlage geäußert haben und ein strittiger Wortwechsel zur wiederholten Erörterung der Standortdiskussion stattgefunden hat, wurde wie folgt mit der zuvor von Frau Schreiber genannten Ergänzung des Beschlusstextes abgestimmt:

Frau Andrae	ja	Frau Michler	ja
Herr Baranowski	ja	Frau Miersch	nein
Frau Bock	nein	Herr Noack	ja
Frau Brumm	nein	Herr Preuß	nein
Herr Degner	ja	Herr Dr. Reinecke	nein
Herr Grebe	nein	Herr Rust	-
Herr Hummer	ja	Frau Schreiber	ja
Herr Käthe	ja	Frau Schröder	ja
Herr Kniesigk	ja	Frau von Schrötter	nein
Herr Kühnapfel	ja	Herr Schulz	ja
Herr Lüders	nein	Herr Steinert	nein
Herr v. Lützow	Enthaltung	Frau Timm	Enthaltung
Herr Manthey	ja	Herr Tschorn	nein
Herr Markwardt	ja	Herr Zurawski	ja
Frau Menges	ja		

Abstimmung: 16 x ja, 10 x nein, 2 x Enthaltung  
Damit wurde der Beschluss bestätigt.

**zu 7.3 Zulassung von außerplanmäßigen Ausgaben wegen abgeschlossener Gerichtsverfahren (Wiedervorlage)  
Vorlage: 084/09**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung beschließt in der Haushaltsstelle 0200 655 - Gerichts- und Anwaltskosten - die Zulassung von außerplanmäßigen Ausgaben i.H.v. 17.500 €.*

21:30 Uhr: folgende Personen sind abwesend: Herr Schulz, Frau von Schrötter, Frau Brumm, Herr Grebe, Herr Degner, Frau Bock. Damit sind 22 Stadtverordnete anwesend.

Um 21:32 sind Herr Schulz und Frau Bock wieder anwesend.

Herr Steinert beantragt die Verweisung der Beschlussvorlage in den Finanzausschuss. Herr Kühnapfel stimmt diesem zu und schlägt ebenfalls die Verweisung in den RSO vor.

Ab 21:39 Uhr nehmen Frau von Schrötter und Herr Grebe wieder an der Sitzung teil.

Nach umfangreichen Diskussionen stellt Frau Andrae fest, dass der Antrag von Herrn Kühnapfel (Verweisung der Beschlussvorlage in den FA und in den RSO) der weiterreichende ist. Sie macht deutlich, dass sie die Beschlussvorlage auf jeden Fall auf die Tagesordnung der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 4. November 2009 nehmen wird, egal ob vorher eine Behandlung in den Ausschüssen stattgefunden hat oder nicht.

Abstimmung zur Verweisung in den FA und RSO und Wiedervorlage auf der Sitzung der SVV am 04.11.2009: 21 x ja, 3 x nein, 2 x Enthaltung

**zu 8 Anträge von Fraktionen**

**zu 8.1 Antrag der Fraktion SPD vom 06.07.2009, übergeben auf der SVV am 08.07.2009:  
Sozialarbeit an der Oberschule Wünsdorf  
(Wiedervorlage)  
Vorlage: 081/09**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:*

1. *Die Einrichtung einer 0,75 VZ-Stelle für Sozialarbeit an der Oberschule Wünsdorf ab dem Schuljahr 2009/2010.*
2. *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Kontakt mit dem Deutschen Roten Kreuz (DRK) aufzunehmen und das DRK zu bitten, die derzeit dem DRK zugeordnete 0,5 VZ-Stelle für Jugendarbeit in der Peilhütte für die Einrichtung einer SaS (Sozialarbeit an Schule) freizugeben.*
3. *Die Stelle der Sozialarbeit an der Oberschule wird in freie Trägerschaft übertragen. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ortsansässige freie Träger der Jugendhilfe anzusprechen und zu bitten, diese Aufgabe zu übernehmen.*
4. *Die Vergabe erfolgt nach Beratung im Fachausschuss und wird der SVV zur Entscheidung vorgelegt.*
5. *Die Kosten (Personal- und Sachkosten) für den derzeit nicht im Bedarf (des 510-Stellenprogramms) enthaltenen Stellenanteil in Höhe von 0,25 VZ-Stelle wird von der Stadt Zossen für das erste Schulhalbjahr 2009/2010 übernommen.*
6. *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, alle Voraussetzungen zu erfüllen, um die Übernahme der 0,75 VZ-Stelle SaS und den damit einhergehenden Mehrbedarf von 0,25 VZ-Stellen in die Planung des örtlichen Träger der Jugendhilfe (Landkreis TF) im Rahmen des „510-Stellenprogramms“ aufzunehmen, bzw. gegenüber der Jugendplanung zu verteidigen.*

Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen und in den SJBS verwiesen.

**zu 8.2 Antrag der Fraktion SPD vom 01.08.2009, eingegangen bei der Stadt Zossen am 03.08.2009:  
Durch örtliches Satzungsrecht der Stadt Zossen die Tiefenbegrenzung für die Bebaubarkeit und für die Berechnung von Erschließungsbeiträgen wiederherzustellen  
(Wiedervorlage)  
Vorlage: 077/09**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:*

1. *Die Bürgermeisterin der Stadt Zossen wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung die Straßenzüge und Bereiche in der Großgemeinde Zossen zu benennen, in denen derzeit Erschließungsmaßnahmen laufen. Weiterhin wo in den nächsten 18 Monaten vom KMS Erschließungsmaßnahmen für Trink- und Abwasser geplant sind und wo demnächst mit Erschließungsbeitragsbescheiden (z. B. Wünsdorf/Dabendorf) zu rechnen ist. Hierzu ist der Stadtverordnetenversammlung bis zum 30.09.2009 ein schriftlicher Bericht vorzulegen.*
2. *Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die Bürgermeisterin, für diese*

*Straßenzüge, für die Trink- und Abwassererschließungen anstehen, durch Innen- bzw. Außenbereichssatzungen, angelehnt an § 34 Abs. 4 Baugesetzbuch, Regelungen zu schaffen, die entsprechend dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts vom 23. März 2000 eine hinreichende Abgrenzung darstellen, sodass damit eine faktische Tiefenbegrenzung gemäß § 8 KAG hergestellt ist.*

3. *Die Bürgermeisterin der Stadt Zossen wird gebeten und aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung darzulegen, welche Finanzmittel sie zur Umsetzung dieses Beschlusses bracht.*

Herr Lüders beantragt die Verweisung in den BBW.

Abstimmung: 24 x ja, 1 x nein, 1 x Enthaltung

**zu 8.3** **Antrag der Fraktion SPD vom 01.08.2009, eingegangen bei der Stadt Zossen am 03.08.2009:**  
**Gebühren- und Beitragesprobleme im KMS im Hinblick auf das OVG Urteil zum § 8 KAG vom 23. März 2000**  
**(Wiedervorlage)**  
**Vorlage: 076/09**

**Beschlussvorschlag:**

1. *Die Stadtverordnetenversammlung Zossen erteilt den Vertretern der Stadt Zossen, Frau Michaela Schreiber und Herrn Olaf Manthey, die dort 17 Stimmen in der Zweckverbandsversammlung abgeben können, gemäß § 15 Abs. 4 die Weisung, in der Zweckverbandsversammlung KMS per Antrag initiativ zu werden und darauf hinzuwirken, dass in der Abwassergebührensatzung des KMS in § 4 wieder eine Tiefenbegrenzung eingefügt wird.*
2. *Die Bürgermeisterin als Vertreterin gemäß § 15 GKG wird gebeten und aufgefordert, in jeder Stadtverordnetenversammlung schriftlich zum Fortgang im KMS in der Sache zu berichten.*

Herr Lüders beantragt die Verweisung des Antrages in den BBW und in den RSO.

Abstimmung: 24 x ja, 1 x nein, 1 x Enthaltung

**zu 8.4** **Antrag der Fraktion DIE LINKE, SPD, VUB vom 05.08.2009, eingegangen bei der Stadt Zossen am 06.08.2009:**  
**Entscheidung über die Führung eines Rechtsstreites (Organstreitverfahren)**  
**(Wiedervorlage)**  
**Vorlage: 082/09**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt eine Organklage gegen die Bürgermeisterin der Stadt Zossen zu erheben. Die Klage dient der gerichtlichen Durchsetzung der Verpflichtung der Bürgermeisterin gemäß § 54 Absatz 1 Nr. 2 BbgKVerf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 29. Januar 2008 „Zuschuss für die „Zossener Tafel“ / Arbeitslosenverband für die Beschaffung eines Kühlautos“ (Beschlussvorlage 186/07) umzusetzen.*

Um 21:50 Uhr hat Frau Menges die Sitzung verlassen.

Herr Preuß stellt den Antrag, dass Frau Schreiber von der weiteren Diskussion auszuschließen ist.

Herr Markwardt stellt Antrag auf namentliche Abstimmung.

Herr Manthey stellt Änderungsantrag zur BV 082/09: „Die SVV beschließt die Einleitung kommunalaufsichtsrechtlicher Maßnahmen ....“

Herr Kühnapfel bittet darum, dass die Bürgermeisterin in diesem Beschluss erklärt, dass sie der Aufforderung der Kommunalaufsicht nachkommen wird.

Herr Preuß erweitert den Antrag: Die SVV beschließt die Einleitung kommunalaufsichtsrechtlicher Maßnahmen durch die Stadtverwaltung bei der Kommunalaufsicht des Landkreises TF. Damit wird der gesamte Verwaltungsvorgang zeitnah eingesandt. Bei positiver Nachricht durch die Kommunalaufsicht wird die Verwaltung den Betrag innerhalb 4 Wochen auszahlen.,,

Abstimmung zum gemeinschaftlichen  
**Änderungsantrag zur BV 082/09 aus der SVV 28.09.09 von Herrn Manthey, Herrn Kühnapfel, Herrn Preuß kombiniert**

*Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Einleitung kommunalaufsichtsrechtlicher Maßnahmen durch die Stadtverwaltung bei der Kommunalaufsicht des Landkreises TF zu diesem Sachverhalt.*

*Nach positiver Mitteilung der Kommunalaufsicht (Anweisung zur Auszahlung) ist der Betrag binnen 4 Wochen auszuzahlen.*

*Die Bürgermeisterin stellt alle Unterlagen (den gesamten Verwaltungsvorgang) der Kommunalaufsicht zeitnah zur Verfügung.*

Abstimmung: 23 x ja, 0 x nein, 0 x Enthaltung  
Die Bürgermeisterin nahm an der Abstimmung nicht teil.

Frau Andrae schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 22:11 Uhr.

Karola Andrae  
Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Miriam Heinrich  
Protokollantin